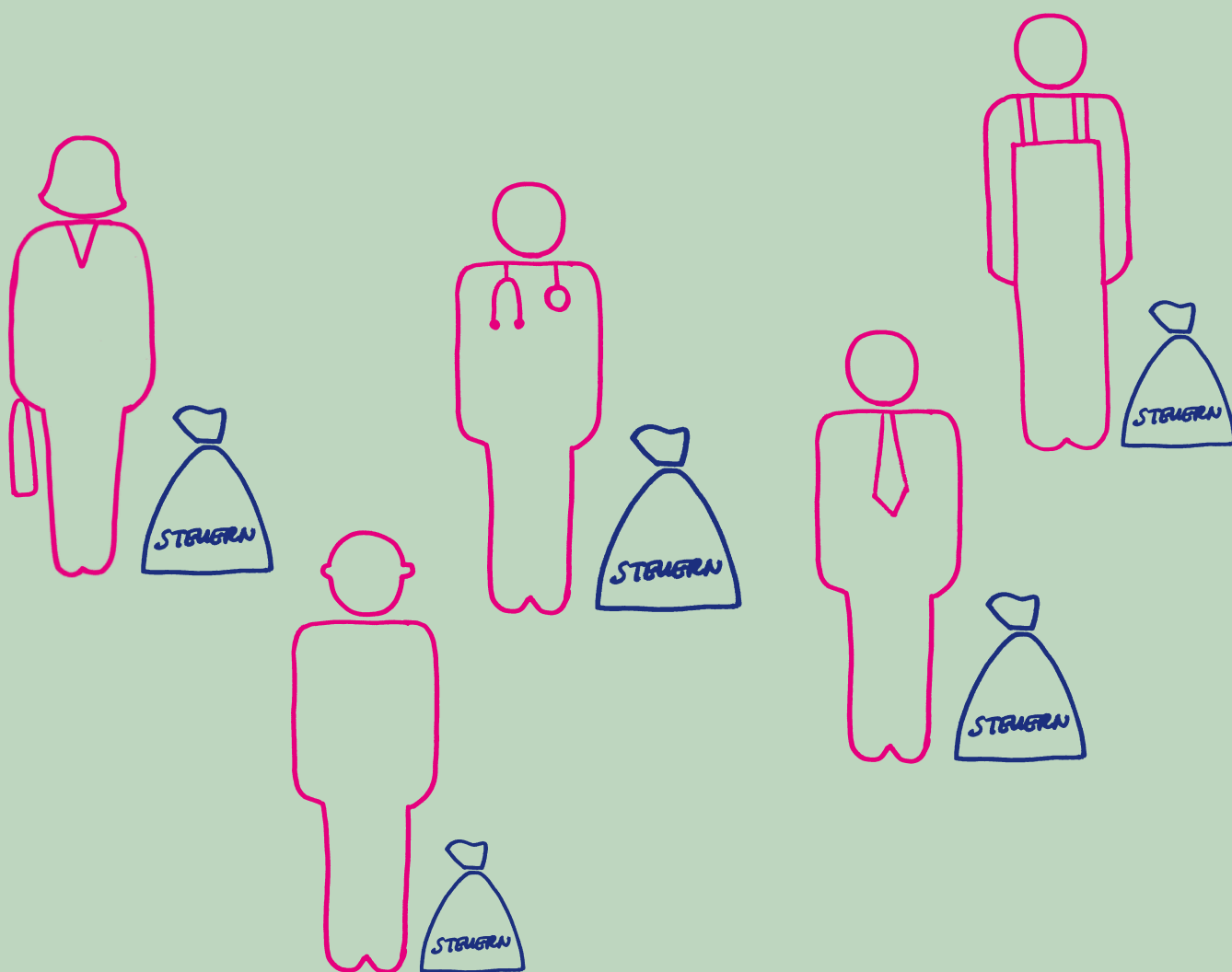


15 zweckdienliche Hinweise zur Steuerreform



Herausgegeben von der Denkfabrik



www.agenda-austria.at

Herausgeber: Dr. Franz Schellhorn

Redaktion und Koordination: Dipl.-Kulturw. Univ. Katharina Ebner und

Mag. Cornelia Mayrbäurl

März 2015

© Agenda Austria, Vereinigung für wissenschaftlichen Dialog und gesellschaftliche Erneuerung, Wien.

Gestaltung und Satz: Agenda Austria

Infografiken: Michael Christl, Philipp Geymüller, Denes Kucsera, Michael Landl und Hanno Lorenz

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung des Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

Die Studie verwendet allein aus Gründen der leichteren Lesbarkeit durchgängig die grammatikalisch männliche Form.

Inhaltsverzeichnis

- 4 Einleitung**
- 5 15 zweckdienliche Hinweise zur Steuerreform**
- 5 #1: Wer zahlt wie viel Lohn- und Einkommensteuer?
- 6 #2: Wie liegt Österreichs Lohnsteuer im internationalen Vergleich?
- 7 #3: Wie hoch sind unsere Sozialabgaben im internationalen Vergleich?
- 8 #4: Wie stark wird ein Durchschnittsverdiener insgesamt belastet?
- 9 #5: Wie hoch wird Arbeit besteuert, wie hoch Kapital?
- 10 #6: Schafft eine höhere Vermögenssteuer mehr Gleichheit?
- 11 #7: Wie ungleich sind die Einkommen in Österreich verteilt?
- 12 #8: Nimmt der Staat zu wenig ein oder gibt er zu viel aus?
- 13 #9: Welche Steuern bringen dem Staat am meisten ein?
- 14 #10: Welche sind die größten Ausgabenposten des Staates?
- 15 #11: Braucht der Staat hohe Einnahmen, damit die Wirtschaft wächst?
- 16 #12: Hohe Abgaben, steigende Schulden – geht es auch anders?
- 17 #13: Wie viel bringt die kalte Progression dem Staat?
- 18 #14: Wie viel zusätzliches frei verfügbares Einkommen bleibt nach der Steuerreform?
- 19 #15: Bezahlen die Bürger auch die nächste Entlastung selbst?
- 20 Fazit aus Sicht der Agenda Austria**

Einleitung

Am 13. März 2015 legte die österreichische Regierung ihre Pläne für die lang diskutierte Steuerreform vor. Zur Erinnerung: Das von SPÖ und ÖVP selbst gesteckte Ziel dieser Reform war es, den Faktor Arbeit zu entlasten, damit den Bürgern mehr Netto vom Brutto bleibt.

Nun gibt es viele Menschen, in deren Augen die Steuerbelastung zu hoch ist. Andere wiederum meinen, sie zahlen gerne Steuern, weil sie damit einen funktionstüchtigen Staat mit einem guten Leistungsangebot finanzieren. Wer aber zahlt eigentlich wie viel Lohnsteuer? Und wer wie viel Sozialversicherung? Was genau macht der Staat mit den Steuereinnahmen? Schafft eine höhere Besteuerung von Vermögen mehr Gleichheit? Hat der Staat tatsächlich ein Ausgabenproblem – oder nicht doch auch ein Einnahmenproblem? Braucht der Staat hohe Einnahmen, damit die Wirtschaft wächst? Wie hoch ist die Besteuerung von Kapital im Vergleich zum Faktor Mensch?

Fragen über Fragen – die wir mit dieser Broschüre in Form von aufschlussreichen Grafiken beantworten. Damit Sie sich leichter tun, die vorgelegten Steuerpläne der Regierung einzuordnen.

15 zweckdienliche Hinweise zur Steuerreform

#1: Wer zahlt wie viel Lohn- und Einkommensteuer?

Oft wird behauptet, dass in Österreich von unten nach oben umverteilt wird. An der zu hohen Lohnsteuer kann das aber nicht liegen:

Wer zahlt welchen Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer?

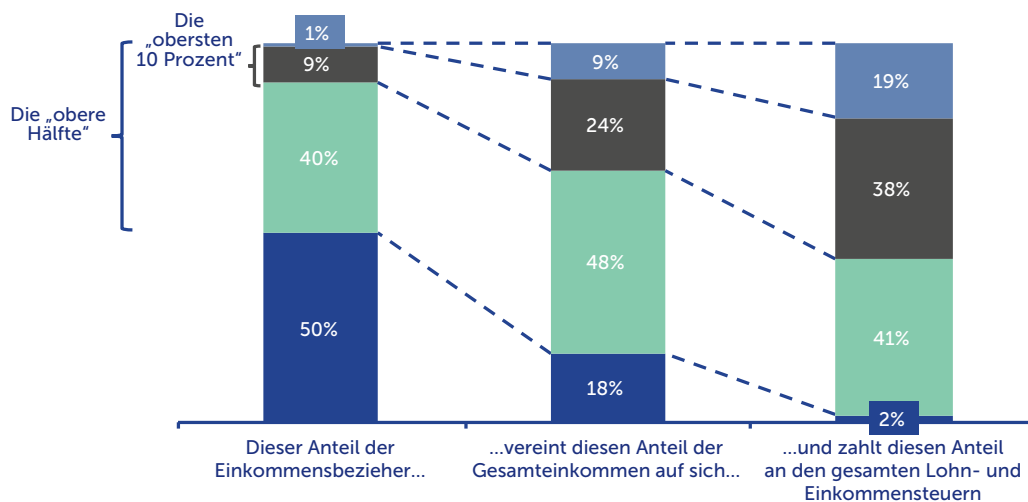


Abbildung 1

Quelle: Integrierte Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2011

- Die „untere Hälfte“ der Einkommensbezieher besitzt rund 18 Prozent des Gesamteinkommens und zahlt zwei Prozent des gesamten Lohn- und Einkommensteueraufkommens.
- Die „obere Hälfte“ der Einkommensbezieher besitzt rund 82 Prozent des Gesamteinkommens und zahlt 98 Prozent des gesamten Lohn- und Einkommensteueraufkommens.
- Die „obersten zehn Prozent“ der Einkommensbezieher besitzen rund 33 Prozent des Gesamteinkommens und zahlen 57 Prozent des gesamten Lohn- und Einkommensteueraufkommens.
- Das „oberste Prozent“ der Einkommensbezieher besitzt rund neun Prozent des Gesamteinkommens und zahlt 19 Prozent des gesamten Lohn- und Einkommensteueraufkommens.

#2: Wie liegt Österreichs Lohnsteuer im internationalen Vergleich?

Österreich steht im Ruf, ein Hochsteuerland zu sein. Dementsprechend ist auch immer wieder zu hören, dass die Lohnsteuer dringend gesenkt werden müsse. Verglichen mit anderen internationalen Ländern fällt aber auf, dass die Lohnsteuerbelastung in Österreich vergleichsweise gering ist. Jedenfalls für die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen:

Effektive Lohnsteuerbelastung eines Durchschnittsverdieners (Single, ohne Kind, in % der Arbeitskosten)

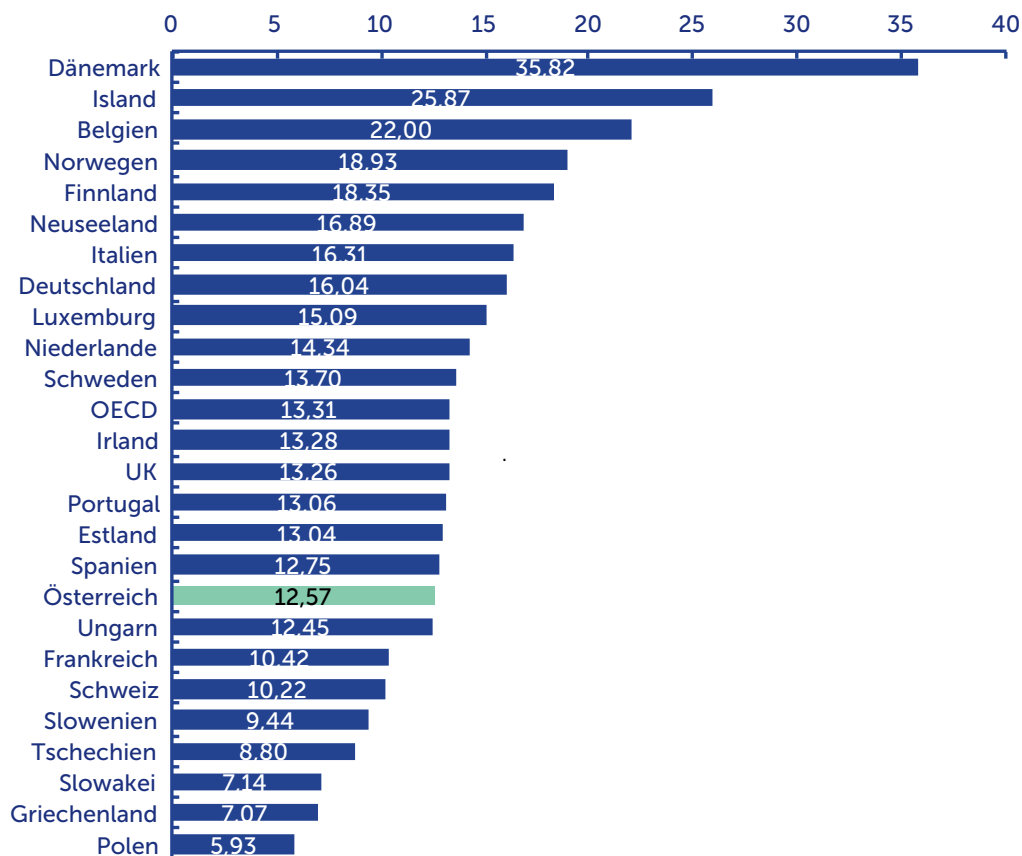


Abbildung 2

Quelle: OECD, Taxing Wages 2013

- Ein Durchschnittsverdiener bezahlt in Österreich verglichen mit anderen Ländern eine eher geringe Lohnsteuer.
- Was aus der Grafik nicht ersichtlich ist: Etwa 2,5 Millionen Österreicher bezahlen keine Lohn- bzw. Einkommensteuer, da deren Einkommen unter der Freibetragsgrenze liegen.
- 16 europäische Länder besteuern das Einkommen eines Durchschnittsverdieners stärker als Österreich.
- In den 34 OECD-Ländern entrichtet der Bezieher eines durchschnittlichen Einkommens 13,31 Prozent seiner erwirtschafteten Leistung (also inklusive Arbeitgeberanteil) an den Staat. In Österreich sind es 12,57 Prozent.

#3: Wie hoch sind unsere Sozialabgaben im internationalen Vergleich?

Welche Abgaben tragen neben der Lohnsteuer noch dazu bei, dass der Unterschied zwischen Arbeitskosten („brutto brutto“) und Nettogehalt in Österreich so groß ist? Hier stechen die Sozialabgaben ins Auge. Ein Teil der Beiträge für Kranken- und Pensionsversicherung wird zwar vom Arbeitgeber entrichtet – trotzdem muss dieses Geld zuvor vom Arbeitnehmer erwirtschaftet werden.

Sozialversicherungsbeiträge eines Durchschnittsverdieners (Single, ohne Kind, in % der Arbeitskosten)

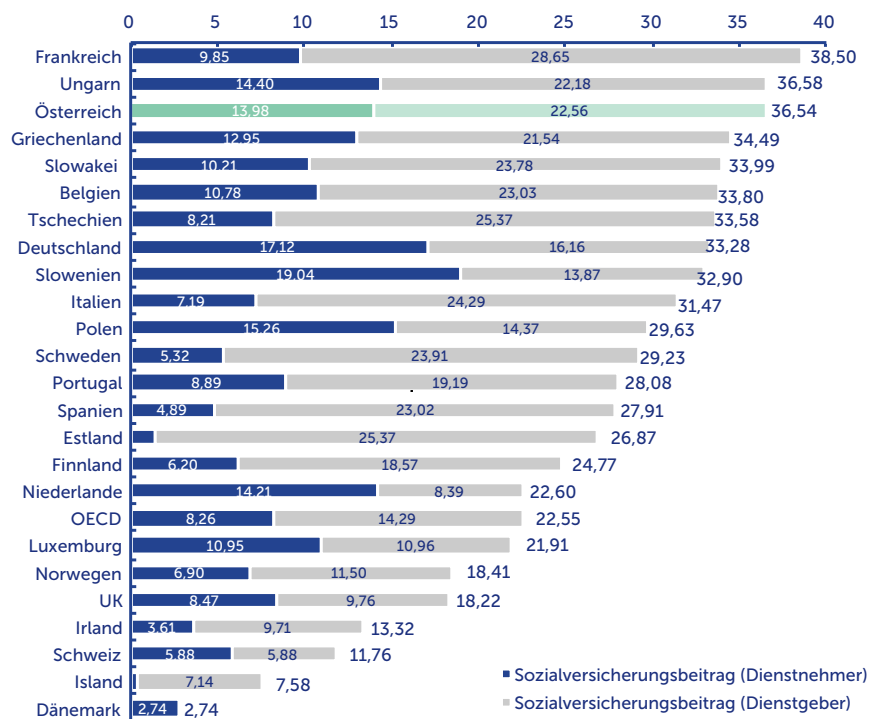


Abbildung 3
Quelle: OECD, Taxing Wages 2013

- Die Sozialversicherungsbeiträge eines österreichischen Durchschnittsverdieners belaufen sich auf 36,5 Prozent seines erwirtschafteten Einkommens. Sie liegen damit weit über dem Schnitt der 34 OECD-Länder von 22,6 Prozent.
- Im Ranking der europäischen Länder verzeichnet Österreich die dritthöchsten Sozialabgaben.
- Nur in Frankreich und Ungarn zahlt ein Durchschnittsverdiener anteilmäßig mehr.

Besonders für Geringverdiener sind die Beiträge für Kranken- und Pensionsversicherung das eigentliche Problem. Ein Beispiel: Bei einem Monatseinkommen von 1.500 Euro brutto wurden 2014 für einen Angestellten pro Jahr 8.113,50 Euro an Sozialversicherungsbeiträgen fällig. An Lohnsteuer sind es knapp 1.132 Euro.

#4: Wie stark wird ein Durchschnittsverdiener insgesamt belastet?

Viele Arbeitnehmer fragen sich angesichts der großen Differenz zwischen dem Brutto- und Nettogehalt, ob das wirklich so sein muss. Und dabei ist am Lohnzettel ja meist gar nicht ersichtlich, wie viel von der erwirtschafteten Leistung des Arbeitnehmers ("brutto brutto") der Arbeitgeber direkt an Sozialversicherung, Kommunalsteuer, Wohnbauförderung usw. entrichtet. Am Ende summieren sich diese unterschiedlichen Steuern und Abgaben aber.

Gesamtbelastung eines Durchschnittsverdieners (Single, ohne Kind, in % der Arbeitskosten)

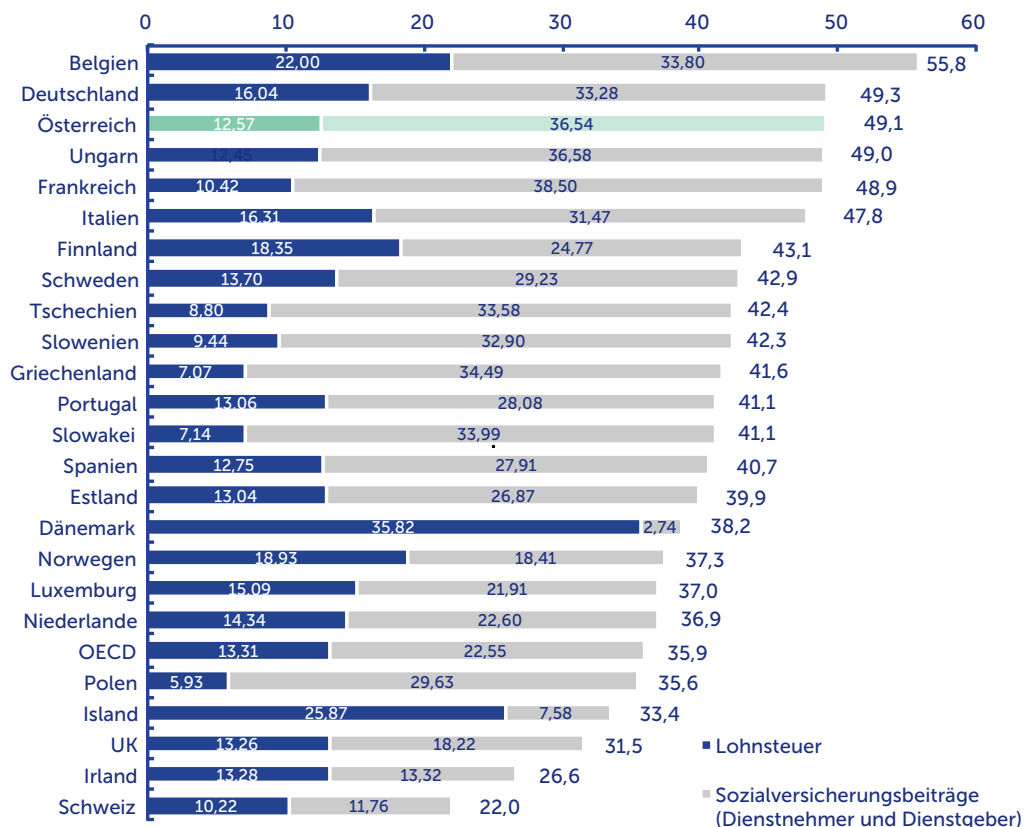


Abbildung 4

Quelle: OECD, Taxing Wages 2013

- Insgesamt werden heimischen Durchschnittsverdienern 49,1 Prozent ihres erwirtschafteten Einkommens (inklusive Arbeitgeberanteil) für Lohnsteuer und Sozialversicherung abgezogen.
- Nur in Belgien ist diese Belastung mit 55,8 Prozent spürbar höher, in Deutschland beträgt sie 0,2 Prozentpunkte mehr.
- In allen anderen europäischen Ländern ist sie niedriger. Schweden kommt zum Beispiel auf 42,9 Prozent.
- Etwas aus der Reihe fällt Dänemark: Dort ist die Lohnsteuer sehr hoch, dafür sind die Sozialabgaben praktisch nicht existent. Das Sozialsystem wird nämlich weitgehend aus Steuern finanziert.

#5: Wie hoch wird Arbeit besteuert, wie hoch Kapital?

Eine Aussage, die in der Debatte rund um die Steuerreform immer wieder fällt, lautet: „Arbeit wird viel zu stark belastet, Kapital viel zu schwach.“ Der erste Teil dieser Aussage ist weitgehend unumstritten. Wie aber sieht es beim Faktor Kapital aus? Um diese Frage zu beantworten, ist zu klären, was verglichen wird. Beim Faktor Arbeit kommt neben der Steuer natürlich auch die Sozialversicherung zum Tragen, wofür es aber eine direkte Gegenleistung gibt. Inklusive Sozialversicherung ist der Faktor Arbeit ungeschlagen hoch belastet. Wie aber sieht der Vergleich Lohnsteuer zu Kapitalsteuer aus?

Effektive Steuerbelastung 2013

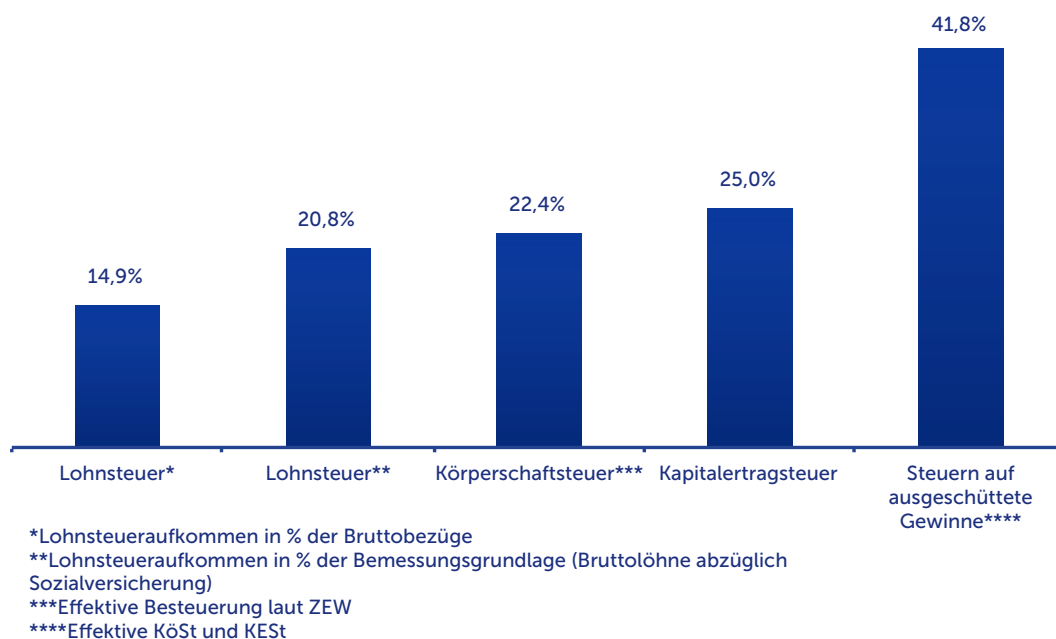


Abbildung 5

Quelle: Statistik Austria, ZEW

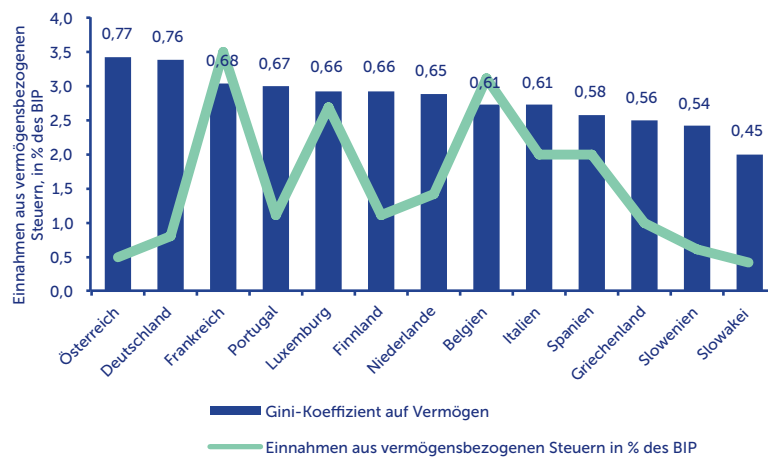
- Nach Berücksichtigung aller Ausnahmen und Freibeträge liegt die effektive Steuerbelastung auf Arbeitseinkommen bei 14,9 Prozent des Bruttoeinkommens.
- Gewinne von Kapitalgesellschaften unterliegen einer effektiven Besteuerung von 22,5 Prozent.
- Einkommen aus Sparbüchern werden effektiv mit 25,0 Prozent besteuert.
- Einkommen aus Dividenden werden bei der ausschüttenden Gesellschaft effektiv mit 22,4 Prozent besteuert und beim Empfänger noch einmal mit 25 Prozent Kapitalertragssteuer. Das ergibt eine effektive Besteuerung von 41,8 Prozent.

Der Schluss, Kapital werde gegenüber dem Faktor Arbeit deutlich bevorzugt, ist also sowohl richtig wie auch falsch. Falsch, wenn man nur die effektive Steuerbelastung berücksichtigt. Richtig wird die Schlussfolgerung erst dann, wenn auch die Sozialversicherung mit betrachtet wird.

#6: Schafft eine höhere Vermögenssteuer mehr Gleichheit?

Manche Probleme dieser Welt scheinen eigentlich leicht lösbar: Wenn der Abstand zwischen Reich und Arm als ungerecht oder gar skandalös empfunden wird, dann sollte man doch die Reichen stärker besteuern. So würde sich die Distanz verringern und es herrschte mehr Gleichheit in unserer Gesellschaft. Diese Hypothese wollen wir mit unserer heutigen Grafik überprüfen.

Ungleichheit und Besteuerung von Vermögen (2010)



Der Gini-Koeffizient nimmt einen Wert von 0 bis 1 an.
0 entspricht absoluter Gleichheit (alle Haushalte besitzen gleich viel Vermögen). 1 stellt dar, dass das Vermögen in den Händen eines Haushaltes konzentriert ist.

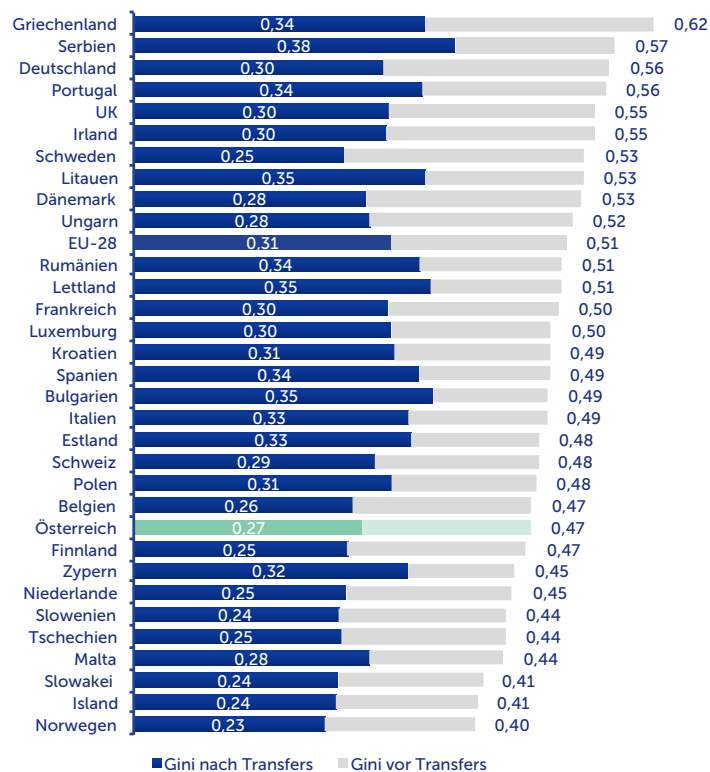
Abbildung 6
Quelle: HFCS, OECD

- Laut einer Umfrage der Zentralbanken (eine stichhaltigere Datenbasis gibt es nicht) ist Vermögen nirgendwo in Europa so ungleich verteilt wie in Österreich. Hier ist aber zu berücksichtigen, dass in Österreich Wohnungseigentum weniger stark ausgeprägt ist, als in vielen anderen Ländern, denn durch die starke Regulierung des Wohnungsmarktes ist Mieten hierzulande attraktiver als anderswo.
- Gleichzeitig sind die Einnahmen des Finanzministers aus vermögensbezogenen Steuern gering.
- Der Schluss, Vermögen höher zu besteuern und damit den Abstand zwischen Reichen und Ärmeren zu verkleinern, ist trotzdem falsch, wie das Beispiel Frankreich zeigt. Nirgendwo in den untersuchten Ländern erhält der Staat mehr Geld aus Vermögenssteuern, und trotzdem hat Frankreich die dritthöchste Ungleichheit bei der Vermögensverteilung.
- Für die USA und die Schweiz liegen keine Umfrageergebnisse über die Vermögensverteilung vor, daher sind die beiden Länder nicht in der Grafik. Sicher ist jedoch, dass Vermögen dort überdurchschnittlich hoch besteuert wird. Trotzdem sind die USA und die Schweiz nicht für eine besonders egalitäre Verteilung von Vermögen bekannt.

#7: Wie ungleich sind die Einkommen in Österreich verteilt?

Der Staat nimmt, und der Staat gibt: Einerseits zahlen wir Steuern und Gebühren, andererseits bekommen wir über Transferleistungen wieder Geld vom Staat zurück. Das ist gemeint, wenn von Umverteilung die Rede ist. Dem österreichischen Staat eilt der Ruf voraus, vergleichsweise stark in die Einkommensverteilung einzugreifen. Gleichzeitig wird hierzulande aber auch das Auseinanderdriften der Gesellschaft beklagt. Wer hat nun Recht?

Einkommensverteilung 2013 (Gini-Koeffizient)



Der Gini-Koeffizient nimmt einen Wert zwischen 0 und 1 an. Ein Wert von 0 bedeutet alle haben das gleiche Einkommen zur Verfügung. Ein Wert von 1 würde bedeuten, dass jemand über das gesamte Einkommen verfügt.

Abbildung 7
Quelle: EU-SILC

- Die Haushaltseinkommen sind bereits vor dem staatlichen Eingriff deutlich gleichmäßiger verteilt als im EU-Schnitt oder in Ländern wie Deutschland, Schweden oder Frankreich.
- Dieses Bild bestätigt sich nach der Berücksichtigung staatlicher Transfers. Österreich gehört auch dann zu den Ländern mit der egalitärsten Verteilung der Einkommen.
- Von einem Auseinanderdriften der Gesellschaft kann hierzulande keine Rede sein. Ganz im Gegenteil: Die Kluft zwischen Arm und Reich ist hierzulande in den vergangenen Jahren sogar leicht gesunken, wie Untersuchungen der EU bestätigen (European Union Statistics on Income and Living Conditions, kurz EU-SILC).

#8: Nimmt der Staat zu wenig ein oder gibt er zu viel aus?

Sinn der geplanten Steuerreform ist es laut der Regierung, den Bürgern weniger Geld aus der Tasche zu nehmen, damit mehr davon in den Konsum geht und die Konjunktur anspringt. Fixer Bestandteil der Diskussion, wem wie viel mehr bleiben soll, ist aber auch der Begriff „Gegenfinanzierung“: Wie können die geringeren Einnahmen für die Republik durch neue Steuern kompensiert werden? Weniger oft wird die Frage gestellt, ob sich nicht andere Wege finden lassen, die sinkenden Einnahmen auszugleichen. Bei der Suche nach einer Antwort ist es sinnvoll, sich die Entwicklung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben anzusehen.

Staatsausgaben und -einnahmen

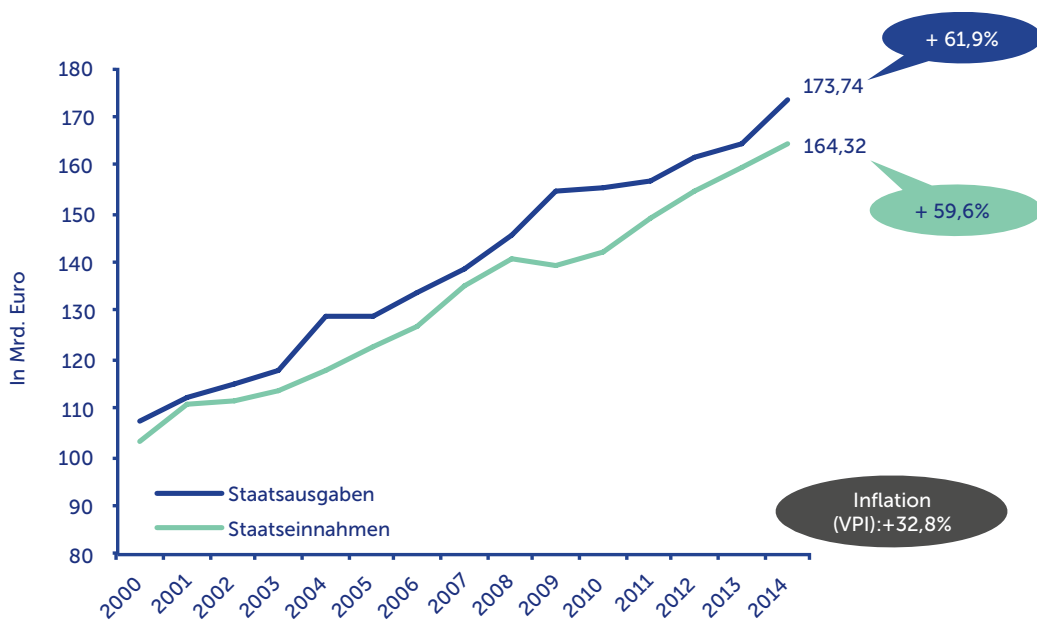


Abbildung 8

Quelle: Europäische Kommission

- Die Republik Österreich gibt bekanntermaßen mehr aus als sie einnimmt. Und zwar nicht erst seit dem Jahr 2000, sondern seit den 1970er-Jahren.
- Das liegt nicht an fehlenden Einnahmen, die beständig nach oben klettern. Die Einnahmen steigen auch schneller als die Wirtschaft wächst (plus 59,6 Prozent versus plus 54,6 Prozent).
- Seit dem Jahr 2000 sind die Ausgaben des Staates fast doppelt so schnell gewachsen wie das allgemeine Preisniveau (61,9 versus 32,8 Prozent).
- Nicht zuletzt wachsen die Ausgaben noch schneller als die Einnahmen. Das folgt keinem Naturgesetz, sondern dem politischen Willen der Regierungsparteien.

#9: Welche Steuern bringen dem Staat am meisten ein?

In den Verhandlungen über die Steuerreform nahm die Suche nach alternativen Einnahmequellen viel Zeit in Anspruch, wodurch der Eindruck entstehen konnte, dass der Staat zu wenig Geld zur Verfügung hat. Welche sind aber die größten Einnahmequellen?

Wichtige Einnahmequellen des Staates 2013 (in Mio. Euro)



Abbildung 9

Quelle: Statistik Austria

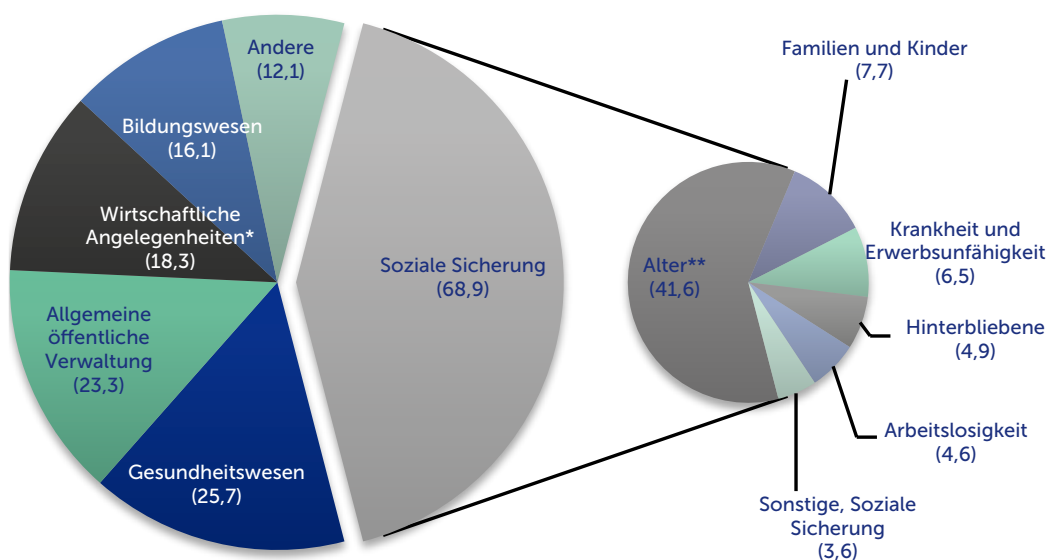
- Wie in den Jahren zuvor kamen 2013 die höchsten Einnahmen aus den Sozialversicherungsbeiträgen. Diese Gelder sind für Gesundheit und Pensionen zweckgebunden, können also z.B. nicht für Bildung aufgewendet werden.
- Drei der vier größten Einnahmequellen beziehen sich auf den Faktor Arbeit: Sozialbeiträge, Lohn- und Lohnsummensteuer.
- Interessant ist, dass die Einnahmen aus der Sozialversicherung fast so hoch sind wie jene aus der Lohn- und Mehrwertsteuer zusammen.
- Die Lohnsteuer ist in den vergangenen fünf Jahren um 22 Prozent angestiegen. Im Vorjahr spielte sie mehr ein als die Mehrwertsteuer, bis 2012 war es umgekehrt.
- In den letzten drei Jahren stieg die Lohnsteuer durchschnittlich jeweils um knapp 5,6 Prozent. Die Wirtschaft wuchs (nominell) im gleichen Zeitraum durchschnittlich nur um 3,1 Prozent pro Jahr.

#10: Welche sind die größten Ausgabenposten des Staates?

Viel wurde vor der Einigung auf die Reform spekuliert, wie die Regierung die geplanten Steuersenkungen gegenfinanzieren will: Höhere Kapitalertragsteuer? Ein Spitzensteuersatz von 60 Prozent? Oder kann es doch die verstärkte Betrugsbekämpfung richten?

SPÖ und ÖVP stellten sich auf den Standpunkt, dass mit geringeren Einnahmen nicht regiert werden kann. Wir zeigen, wofür die Republik die Steuereinnahmen eigentlich ausgibt.

Staatsausgaben nach Aufgabenbereich 2013 (in Mrd. Euro)



*Wirtschaftliche Angelegenheiten beinhaltet u.a. Ausgaben für Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Wirtschaftsforschung, Außenhandel- und Arbeitsmarktförderungen.

**Alter umfasst u.a. Alterspensionen, Hilfestellungen und Betreuung von Personen höheren Alters.

Abbildung 10

Quelle: Statistik Austria

- Die soziale Sicherheit, unter die z.B. Pensionen, Pflege und Familienförderung fallen, macht 42 Prozent der Ausgaben aus. Dieser Posten ist seit 2010 um neun Prozent gestiegen.
- Insgesamt sind die Ausgaben des Staates seit 2010 um knapp sechs Prozent gestiegen.
- Innerhalb der sozialen Sicherheit sind die Ausgaben für Ältere der größte Ausgabenposten. Darunter ist auch der jedes Jahr steigende und nötige Zuschuss aus dem Budget zu den Pensionen, da das Pensionssystem selbst stark defizitär ist.
- Zum Beispiel musste der Staat 2014 rund 9,6 Milliarden Euro zuschießen. Hinzu kommen noch etwa 8 Milliarden Euro für die Beamtenpensionen.

#11: Braucht der Staat hohe Einnahmen, damit die Wirtschaft wächst?

Die Konjunktur lahmt und es sieht nicht so aus, als ob sich dies bald ändern würde. Was ist dagegen zu tun? Brauchen Unternehmen und Bürger mehr Netto vom Brutto, um mehr Geld auszugeben und so das Wachstum anzukurbeln? Oder braucht der Staat mehr Geld, um über höhere Ausgaben der Konjunktur auf die Sprünge zu helfen? Haben höhere Einnahmen des Staates das Wachstum in der Vergangenheit beflügelt oder gehemmt?

Steuer- und Abgabenquote und Wirtschaftswachstum (Vergleich 1995 und 2014)

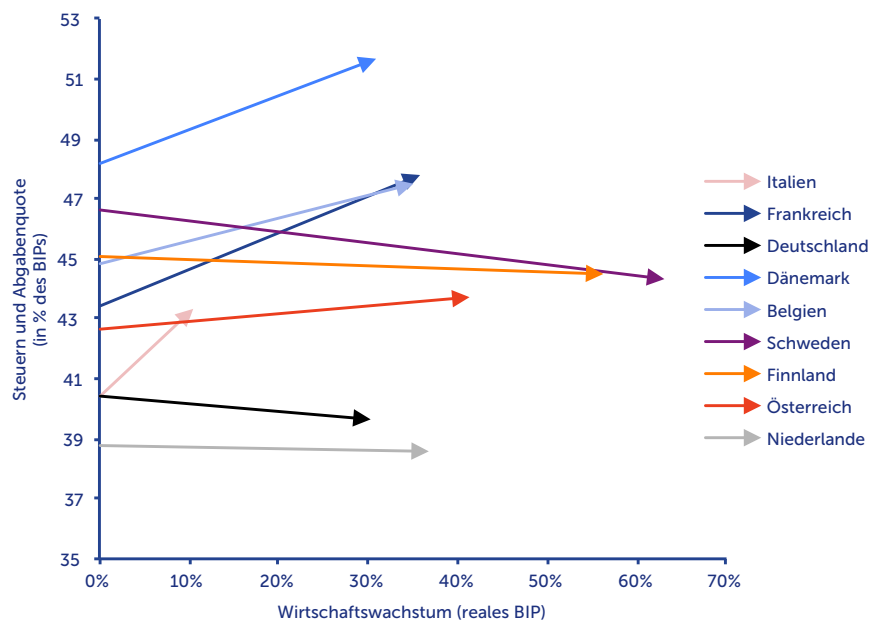


Abbildung 11
Quelle: AMECO

- Schweden und Finnland haben seit 1995 die Steuerbelastung von einem hohen Niveau aus gesenkt. Das hat der Konjunktur alles andere als geschadet – die beiden Länder erzielten ein kräftiges Wirtschaftswachstum.
- Andere Länder (Österreich, Dänemark, Belgien, Frankreich) haben die Steuerlast erhöht, gleichzeitig ist die Wirtschaft gewachsen – allerdings schwächer als in Schweden und Finnland. Ein ähnliches Wirtschaftswachstum wie in diesen Ländern gab es in Deutschland und den Niederlanden, aber dort gelang dies mit einer sinkenden Steuer- und Abgabenquote.
- Italien hingegen erreichte trotz höherer Steuern und Abgaben nur ein geringes Wachstum.

Es zeigt sich also, dass eine sinkende bzw. niedrigere Steuer- und Abgabenquote nicht zu einer lahmenen Wirtschaft führen muss – jenem Phänomen, das oft als „Kaputtsparen“ bezeichnet wird. Aber auch das Gegenteil ist nicht gesagt. Die Höhe der Steuerbelastung allein sagt noch nicht viel darüber aus, ob sich die Wirtschaft dynamisch entwickeln kann oder nicht – es kommt eben auch auf andere Faktoren an und darauf, ob der Staat seine Einnahmen auf effiziente Weise und für das Richtige ausgibt.

#12: Hohe Abgaben, steigende Schulden – geht es auch anders?

Wenn eine Regierung eine Steuerreform diskutiert, hoffen die Bürger natürlich, dass sie nach einer solchen unter dem Strich weniger Steuern und Abgaben bezahlen müssen. Dass also die Steuer- und Abgabenquote sinkt. Gleichzeitig meinen viele, bei einer sinkenden Quote und wohl geringeren Einnahmen müsse sich ein Land automatisch höher verschulden – sonst könne sich das ja nicht ausgehen. Ist das so?

Entwicklung von Schulden und Steuer- und Abgabenquote (Vergleich 1995 und 2014)

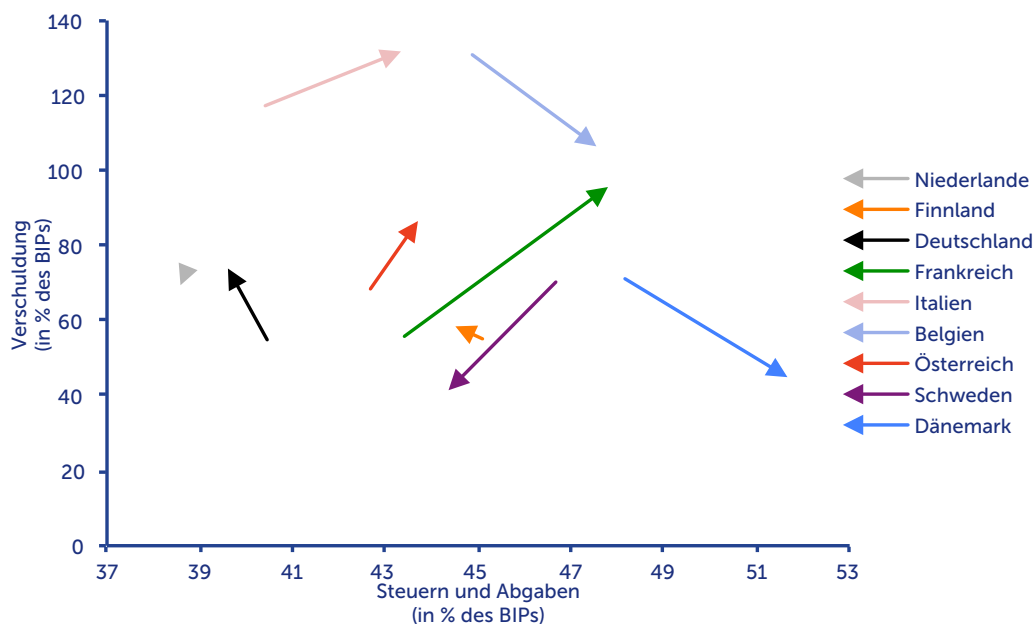


Abbildung 12
Quelle: AMECO

- An sich würde man meinen, dass es für die Pfeile zwei logische Richtungen gibt: höhere Steuer- und Abgabenquote und niedrigere Schulden (Beispiel Dänemark) oder niedrigere Quote und höhere Schulden (Deutschland).
- In der Realität gibt es alle möglichen Kombinationen, von denen freilich manche günstiger sind als andere.
- Österreich, Frankreich und Italien gehören zu jenen Ländern, die nicht nur ihre Steuern und Abgaben (in Prozent des BIPs) seit 1995 erhöht haben, sondern auch ihre Schulden. Das ist eine sehr ungünstige Kombination.
- Schweden hingegen schaffte es trotz einer sinkender Steuer- und Abgabenquote, die Verschuldung in Prozent des BIPs zu verringern.

Es ist also kein ökonomisches Gesetz, dass bei einer sinkenden Steuerquote die Staatsschulden steigen müssen.

#13: Wie viel bringt die kalte Progression dem Staat?

Da die Einkommensgrenzen für die Steuersätze seit 2009 nicht an die Inflation angepasst wurden, die Löhne jedoch schon, werden letztere seitdem beständig stärker besteuert. Dieses Phänomen wird als kalte Progression bezeichnet. Die Auswirkungen sind nicht unbeträchtlich:

Kumulierte kalte Progression seit der letzten Steuertarifanpassung 2009 (in Mrd. Euro)

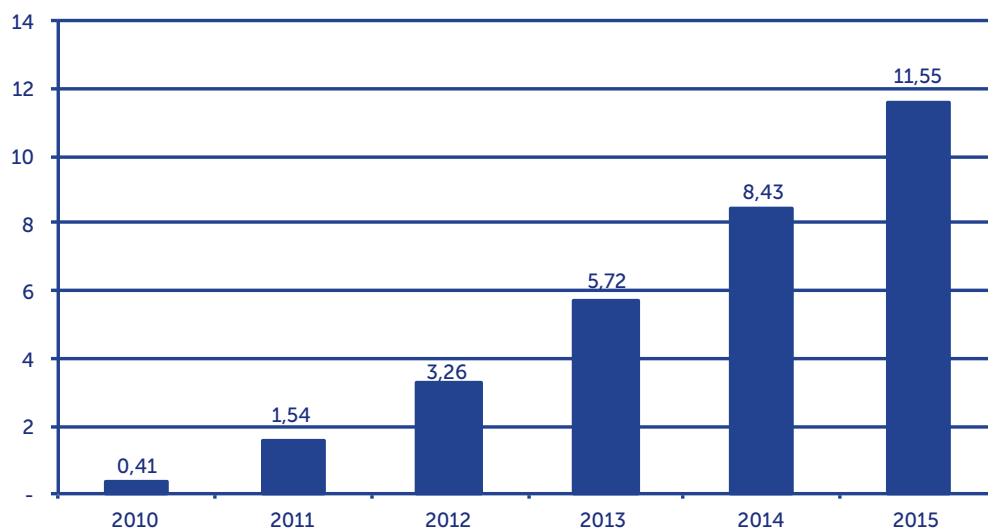


Abbildung 13
Quelle: eigene Berechnungen

- Die letzte Änderung des Lohnsteuertarifs fand 2009 statt. Von da an bis Ende 2014 konnte der Finanzminister etwa 8,43 Milliarden Euro an Mehreinnahmen durch die kalte Progression verzeichnen.
- Allein dieses Jahr, 2015, werden es ca. 3,12 Milliarden sein (die Differenz zwischen 11,55 und 8,43).

Anders gesagt: Die Steuerreform sorgt nun dafür, dass die steuerliche Belastung der Arbeitnehmer wieder auf ein ähnliches Niveau zurückgefahren wird, wie es 2009 bestand. Anders als in Österreich passen übrigens viele OECD-Länder die Einkommensgrenzen für die Steuersätze automatisch an die Inflation an.

#14: Wie viel zusätzliches frei verfügbares Einkommen bleibt nach der Steuerreform?

Bis etwa Juni 2015 gießt das Parlament die Steuerreform in neue Gesetze. Sicher ist, dass die Steuer- und Abgabenquote in Österreich insgesamt nur minimal oder gar nicht sinkt, weil die Regierung sich den größten Teil der Lohnsteuersenkung über andere Wege zurückholt.

Positiv ist, dass Arbeitnehmern mehr Netto vom Brutto bleibt. Unsere letzten zwei zweckdienlichen Hinweise zur Steuerreform zeigen Ihnen, wie viel das konkret ist.

Absolute Ersparnis nach den wichtigsten Steuern¹ und Abgaben² je nach Bruttoeinkommen

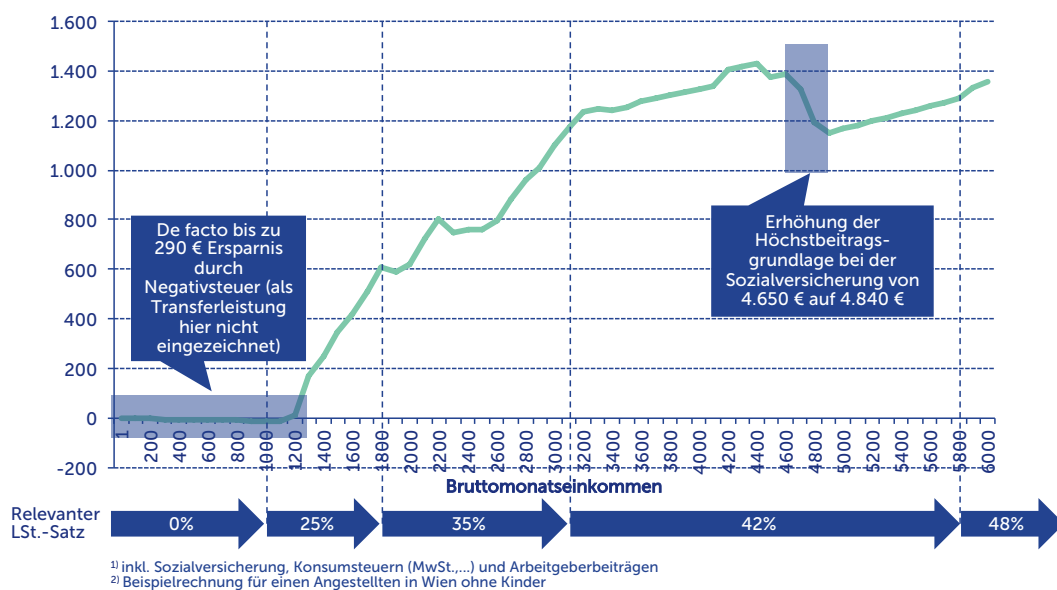


Abbildung 14

Quelle: eigene Berechnungen

- Die Arbeitnehmer können sich also auf spürbar mehr in der Geldbörse freuen. Im Verhältnis besonders hoch ist der Effekt für Bezieher von Bruttoeinkommen zwischen 2000 und 4000 Euro.
- Nicht berücksichtigt sind allerdings einige Posten, die teurer werden. Neu abgeschlossene private Versicherungen sind nicht mehr steuerlich absetzbar, auch die Kapitalertragsteuer steigt für alle, die nicht nur ein Spargbuch haben.

#15: Bezahlen die Bürger auch die nächste Entlastung selbst?

Mit dem Phänomen der kalten Progression hat sich schon Hinweis #13 beschäftigt. Diese wird bald nach der Einführung der niedrigeren Lohnsteuersätze wieder einsetzen, wie Berechnungen der Agenda Austria zeigen:

Schätzung der kalten Progression nach der Steuerreform (in Mio. Euro)

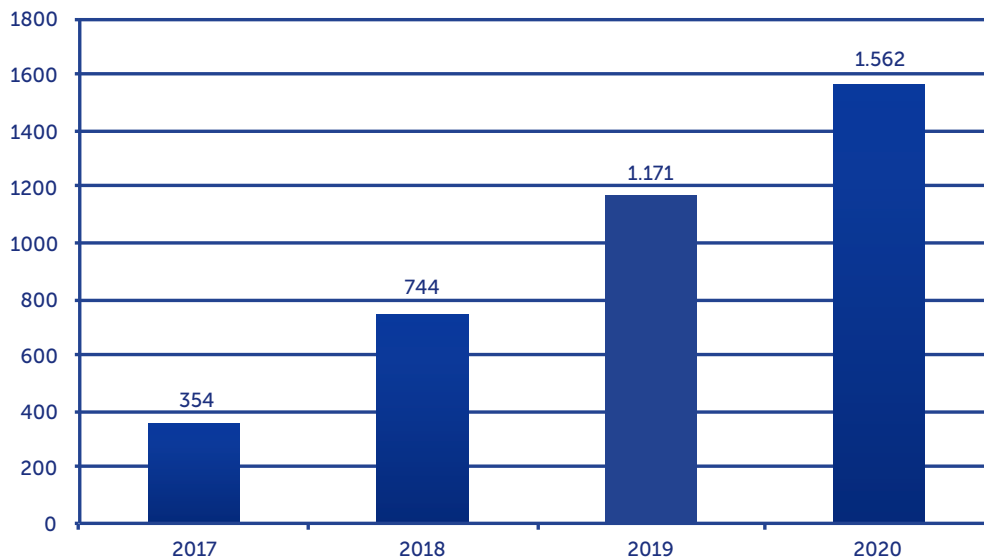


Abbildung 15

Quelle: eigene Berechnungen; Inflationsprognose des WIFO (Jänner 2015)

- 2016 ist das Ausgangsjahr der Steuerreform, daher kommt es durch die neuen Steuersätze noch zu keiner kalten Progression.
- Unter der Annahme einer konstanten Lohnverteilung und Zahl an Beschäftigten kann sich der Finanzminister ab 2017 wieder über beträchtliche zusätzliche Einnahmen aus der Lohnsteuer freuen.
- Ab dann werden besonders Bezieher von Einkommen, die nahe an einer Grenze zu einem höheren Steuersatz liegen, wegen der Inflationsanpassung der Löhne mehr Lohnsteuer bezahlen müssen.

Fazit aus Sicht der Agenda Austria

Welches Ziel verfolgte die Regierung denn eigentlich mit der Steuerreform, die uns präsentiert wurde? Weniger Steuern auf Arbeit und damit eine dynamischere Wirtschaft. Wer diese Messlatte anlegt, wird feststellen: Österreichs Arbeitnehmer werden sich diese Reform zum größten Teil selber zahlen müssen. Aber auch wer auf ein dynamischeres Umfeld für Investoren und Unternehmer gehofft hat, wird enttäuscht. Denn die Steuer- und Abgabenquote bleibt fast so hoch wie bisher, und die Belastung des Faktors Arbeit sinkt gar nicht.

Das Prestigeprojekt der Regierung, von dem diese auch selbst ihre Zukunft abhängig gemacht hat, ist damit kein Aufbruchssignal, sondern eine vertane Chance. Die zwei positiven Aspekte, die niedrigere Lohnsteuer und – recht unkonkrete – Einsparungen beim Staat, können diese Bilanz nicht ändern. Warum? Weil nur ein kleiner Teil der sogenannten Gegenfinanzierung darin besteht, bei problematischen Ausgabenposten den Rotstift anzusetzen.

Eine Milliarde Euro soll in der Verwaltung sowie bei Förderungen eingespart werden, optimistisch geschätzte 850 Millionen sollen durch stärkeren Konsum hereinkommen. Den größten Anteil an den fünf Milliarden zahlen sich die Bürger in der einen oder anderen Form also selbst: Weil jeder Kinobesuch, jede Übernachtung und manches andere teurer wird. Weil jeder, der nicht nur mit einem Sparbuch vorsorgt, mehr Steuer zahlt. Weil das Dienstauto mehr kostet. Nicht zu vergessen: Von der letzten Änderung der Lohnsteuersätze 2009 bis Ende dieses Jahres wird der Bund 11,5 Milliarden Euro mehr eingenommen haben. Nur, weil durch die Inflationsanpassung der Löhne viele in eine höhere Steuerklasse fallen und daher mehr bezahlen.

Wenig gewagt ist die Prognose, dass die erhofften Ersatzeinnahmen spürbar geringer sein werden als erhofft. Sprich: Vor dem Finanzminister wird sich mittelfristig ein Budgetloch auftun. Und dagegen gibt es in Wahrheit nur zwei probate Gegenmittel: Eine Steuererhöhung, die die Österreicher noch stärker belastet. Oder Strukturreformen, die an der Ausgabenseite ansetzen: Ein erneuertes, finanziell nachhaltiges Pensionssystem etwa, oder eine klare Aufteilung der Verantwortung zwischen Bund und Ländern. Um es in einem Satz zu sagen: Mit dieser Steuerreform hat die Regierung bloß die Entscheidung vertagt, ob sie die Steuern weiter erhöht oder endlich Reformen anpackt, die diesen Namen auch verdienen.

